



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/46 - 24.2.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Mit der Saar beginnen (Zum Thema freie Wahlen)	S. 1
Der Westen und die Probleme in Asien	S. 3
Sudetendeutsche und Tschechen nach der Austreibung	S. 5

## Bidault für freie Wahlen - auch an der Saar ?

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Gegenüber dem sowjetischen Außenminister Molotow hat Herr Bidault auf der Berliner Konferenz mit Mut und Geschick die Sache der Freiheit vertreten. Er forderte im Namen der Westmächte und des deutschen Volkes freie Wahlen in ganz Deutschland. Molotow befand sich in einer schwierigen Lage, da er sich in Lippenbekenntnissen für freie Wahlen aussprechen mußte, im Grunde seines Herzens aber nicht bereit war, freie Wahlen, jedenfalls nicht ohne eine Einigung über die Frage der europäischen Sicherheit, zuzulassen. Da hat Herr Bidault feststellen können, wie gewunden die Gedankenwege des schlechten Gewissens sind. "Warum bietet der Leiter der sowjetischen Delegation alle ihm zu Gebote stehenden dialektischen Mittel auf, um Wahlen zu verhindern, die zu allen Zeiten und überall als die normale - ich möchte fast sagen: klassische - Methode zur Feststellung des Volkswillens angesehen worden?" So fragte Bidault seinen russischen Kollegen aufgrund der Argumentensakrobatik, die Molotow gegen freie Wahlen aufbot.

Wir können uns kaum vorstellen, daß der kluge Franzose bei seinen Angriffen auf den Russen nicht ein unbehagliches Gefühl in der eigenen Brust empfand. Wir besinnen uns, daß Herr Bidault als der Vater der französischen Saarpolitik in einem von Frankreich besetzten Teile Deutschlands mit der gleichen Gewalt und den gleichen Mitteln der Dialektik bisher freie Wahlen verhindert hat. Wir besinnen uns, daß der gleiche Bidault nach den Saarwahlen vom 30. November 1952 in einer belgischen Zeitung diese Wahlen als völlig freie Wahlen anpries, obwohl er wußte und nicht unschuldig daran war, daß es bei diesen Wahlen den Saardeutschen nicht erlaubt war, Parteien zu gründen, Druckschriften zu veröffentlichen, Versammlungen abzuhalten und frei Männer ihres Vertrauens in den Landtag zu schicken. Wir wissen auch, daß der Untergebene von Herrn Bidault, ein gewisser

Grandval, bis auf den heutigen Tag freie Wahlen an der Saar fürchtet wie der Teufel das Weihwasser und als Minonleger zur Stelle ist, wenn irgendwo, wie zum Beispiel im Europarat, die Gefahr besteht, daß man freie Wahlen an der Saar fordern könnte.

Bidault warf Molotow vor, daß er nicht bereit sei, wie die westlichen Mächte das Risiko freier Wahlen zu übernehmen. Er meinte, alle sollten wünschen, daß das deutsche Volk in Unabhängigkeit und Freiheit seine Wahl treffen könne. Bidault wird es uns nicht verargen können, wenn wir seine trefflichen Worte für die Deutschen an der Saar in Anspruch nehmen. Aus seinen diesbezüglichen Taten und Worten wissen wir, daß er es so nicht gemeint hat und nur vor Molotows Tür kehren wollte. Es kann keine gute französische und europäische Politik sein, an der Saar und an der Spree mit verschiedenen Maßstäben zu messen. Das Ansehen Frankreichs, das Ansehen und die Stärke des Westens gegenüber dem Osten stehen dabei auf dem Spiele. Kurt Schumacher hat einmal in einer Saardebatte im Bundestag gesagt, daß Europa viel weniger vom Totalitarismus des Ostens als von dem Mangel an Ernst bedroht sei, mit dem es zu seinen eigenen Prinzipien stehe. Auf unsern Fall angewendet heißt das, Bidault bedroht Europa, indem er in seiner Saarpolitik nicht zu den Grundsätzen steht, mit denen er Molotow in Berlin bedrängte.

Goldene Worte hat Herr Bidault in Berlin gesprochen. Auch noch dazu, daß eine gesamtdeutsche Regierung Verträge der jetzigen Teilregierungen annehmen oder auch ablehnen könne. Ein Sprecher des französischen Auswärtigen Amtes hat am 10. Februar nach einer dpa-Meldung ausdrücklich bestätigt, daß sich dies auch auf eine etwaige Saar-Regelung mit der Bundesrepublik beziehe. Das dürfte Herrn Hoffmann eine schlaflose Nacht verursacht haben, ist ihm doch so bestätigt worden, daß all' seine angstvolle Mühe um eine "endgültige" Saar-Regelung bis zum Friedensvertrag vergeblich sein muß. Angeblich strebt er die Endgültigkeit aus wirtschaftlichen Gründen an, in Wirklichkeit fürchtet er den Sturz des separatistischen Provisoriums.

Es wird es der Grotwohl des Westens rechtlich denkenden Menschen klar machen können, daß man in einem Provisorium die politischen Kräfte unterdrücken dürfe, die sich über die endgültige Regelung andere Vorstellungen machen, als es ihm genehm ist. Auch nach einem etwaigen Abkommen mit der Bundesrepublik über die sogenannte Europäisierung der Saar und mindestens bis zu einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung wird man sich in Saarbrücken nicht auf die Menschenrechtskonvention berufen können, um deutsche Parteien zu unterdrücken, die meinen, man müsse Europa machen, ohne Deutschland zu zerstückeln. Unterdrückt man dennoch die deutschen Parteien wie bisher, so bleibt das Regime am europäischen Pranger, bis sich Bidault entschließt, auch in Saarbrücken seine eigenen goldenen Worte von Berlin zu beherzigen.

+ + +

Zwischen Berlin und Genf

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Für den Westen war die Berliner Konferenz eine Lektion. Dulles sagte darüber: "Außer der, was wir hier (in Berlin) erreicht haben, haben wir viel gelernt. Das ist ein Ergebnis, das man nicht ignorieren sollte". Das ist eine Bestätigung für die Worte der "Times", daß es "jetzt völlig klar sei, daß weder Rußland noch die Westmächte sich auf die Wiedervereinigung Deutschlands unter Bedingungen im voraus einigen können, die mit ihren lebenswichtigen Interessen nicht vereinbar sind". Wie Molotow die Interessen Rußlands wahrte, formulierte "Manchester Guardian" folgendermaßen: "Seine Diplomatie hat vermocht, daß die Rote Armee weiterhin 160 km von Rhein und Ruhr, 600 km von Paris und 900 km von der Atlantikküste entfernt steht. Die vorgeschobenen militärischen Positionen sind intakt, und das große Gewicht der russischen Landarmeen und taktischen Luftstreitkräfte liegt drohend vor Westeuropa, der feste Griff auf die Regierungen Mittel- und Osteuropas bleibt bestehen".

Der Vorrang des Themas Asien

Daß Kompromisse von Anfang an ziemlich ausgeschlossen waren, wußte Molotow, bevor er nach Berlin kam; unzählige Kommentare aus berufenem und unberufenem Munde hatten es ihm verraten. Darum stellte er auch die Deutschlandfrage von Anfang an zurück. Für ihn war sie, da ihre Lösung nur mit sowjetischen Zugeständnissen möglich war, eine zweitrangige Angelegenheit. Das entsprach auch der Rangordnung der politischen Themen, wie sie Malenkov festgelegt hat. Denn "Asia first" ist die neue Konzeption, nicht nur in Richtung auf Rotchina, sondern auch in Richtung auf den amerikanischen Kontinent. Er genießt heute in den strategischen Plänen Moskaus unbedingten Vorrang, seitdem der früher als Generalsabschef tätig gewesene Stemenko sein Hauptquartier in Nordostsibirien aufgeschlagen hat. Dort vereinigt er unter seinem Kommando nicht weniger als 47 Prozent der bestehenden 227 Divisionen, darunter die Masse der Luftlandverbände und die arktischen Spezialdivisionen sowie 54 Prozent der Luftdivisionen, von den Einheiten zur Führung einer atomaren Fernoffensive ganz zu schweigen.

Unter diesen Umständen fällt es nicht leicht, die Einberufung der Genfer April-Konferenz als Sieg des Westens zu bewerten, wenn auch Dulles unterstrich, die Konferenz bedeute keine Anerkennung Rotchinas. De jure stimmt das natürlich. Eine de facto-Anerkennung aber ist schwer zu bestreiten, wenn man sich einen Partner an den Konferenztisch holt, weil man ohne ihn sehr dringende Probleme nicht lösen kann. Durch die Genfer Konferenz sollen zwei Kriege beendet werden, die bisher ohne Entscheidung gewesen sind, die daher auch Rotchina durchaus nicht zwingen, in der Bösorrolle eines Geschlagenen vor den Westmächten zu erscheinen.

Denn der Koreakrieg hat ein militärisches Gleichgewicht der beidseitigen Kräfte herbeigeführt, das ohne Einsatz von Atomwaffen kaum verändert werden kann. Davon ist die Welt bisher zurückgeschreckt. Aber auch ein eingetretener Krieg bindet weiterhin starke Kräfte, die den Aufbau einer westlichen Verteidigung in Europa und einer strategischen Hauptreserve in den USA mindestens aufhalten.

Die Wirkungen des Dschungelkrieges in Indochina endlich sind starke Verzögerungsmomente für eine französische Beteiligung an der EWG, deren Ratifizierungsaussichten in Paris durch die bevorstehende Konferenz wieder auf die lange Bank geschoben worden. In diesen Tagen erklärte der französische Befehlshaber Navarre, vielleicht könne der Krieg in Indochina in zwei Jahren zu Ende geführt werden. Solche Einsicht bedeutet keine Stärkung der westlichen Position in Genf. Andererseits weiß der Kroml, daß eine weitere Bindung Frankreichs durch den Dschungelkrieg die französische Beteiligung an der Europaarmee weiterhin hinausschieben wird. Monate bevor Molotow nach Berlin kam, hatte er einige aufsehenerregende Unterhaltungen mit dem französischen Botschafter Joxe. Da aber - wie sich in Berlin zeigte - die freundliche Sonderbehandlung nicht durchschlug, könnte der Kroml auf die Idee kommen, bis zum Zusammentritt in Genf die entgegengesetzte Methode, und diesmal direkt in Indochina, zur Anwendung zu bringen. Mit anderen Worten: Jene "Freiwilligen" marschieren zu lassen, die seit einiger Zeit in der südchinesischen Mingsreifarmerie in Stärke von drei Korps marschbereit sind und eine Elitetruppe darstellen.

#### Unvermeidliche China-Diskussion

In Genf sollen - wie gesagt - zwei Kriege ihr Ende finden, in denen nicht die Sowjetunion direkt engagiert ist, sondern ihre Bundesgenossen oder Satelliten, ein Ausdruck, der allerdings für Rotchina kaum zutrifft. Die militärischen Wirkungen beider Kriegsschauplätze drücken auf den Westen und seine Politik der Stärke. Denn die amerikanischen Divisionen in Korea fehlen in der USA und in Westeuropa umso mehr, als mit Beginn des Jahres eine Kürzung des amerikanischen Heeresetats um etwa ein Drittel nicht vermieden werden konnte. Und die französischen Truppen in Indochina, vor allem die dort eingesetzten Berufskadetten, fallen für die Europaarmee aus. Es ist gerade ihr Fehlen, was die Pariser Politiker veranlaßt, die alte französische These von der Sicherheit angesichts eines deutschen Wehrbeitrages immer wieder anzuführen. Beide Kriege kosten außerdem Geld und Material, die der Rüstung des Westens fehlen. Solange beide Kriege nicht beendet sind, bilden sie ständig einen latenten Faktor der Überraschung und Unruhe, der alle anderen Entscheidungen hemmt. Das Bedürfnis, in Asien zum Kriegsende zu kommen, ist also auf westlicher Seite dringender als im Kroml. Es müßte daher überraschen, wenn Molotow oder einer seiner Gehilfen nicht versuchen sollte, die beschränkte Themensetzung von Genf zu erweitern und die Behandlung des ganzen China-Problems zu fordern. Damit muß wohl gerechnet werden.

Gerade auch an diesem Zusammenhang wird klar, wie stark heutzutage alle diese ungelösten weltpolitischen Fragen miteinander verknüpft sind - und nicht nur die asiatischen. Hier liegen Chance und Risiko dicht nebeneinander. Die Klärung von ein oder zwei Fragen kann ebenso eine günstige Kettenreaktion auslösen wie die Verschärfung in diesem oder jenem Fall sehr gefährliche globale Folgen haben kann.

+ + +

### Ein geschichtlicher Rollentausch

Von Wenzel Jaksch, M.d.B.

Alles, was in "Herzland" Böhmen geschieht oder auf seine wechselvollen Geschichte Bezug hat, findet nach wie vor ein weitklingendes Echo. So haben die Münchner Vereinbarungen über die neue demokratische Organisationsform der zwei Millionen Sudetendeutschen in der Bundesrepublik auch in der schweizerischen Presse eine positive Beurteilung gefunden. Dies muß als ein Fortschritt gebucht werden, zumal in den schreckensvollen Tagen der Massenausreibungen auch die Presse dieses neutralen Landes - von rühmlichen Ausnahmen abgesehen - den tschechischen Standpunkt teilte. Weithin in der westlichen Welt wurde damals die Zweckdarstellung der Prager Propaganda geglaubt, welche die sieben Millionen Tschechen als die besten und die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen als die schlechtesten Demokraten in Europa hinstellte. Zum Unterschiede von Polen hatte die CSR nicht einmal Ersatzansprüche für verlorene Ostgebiete zu stellen. Die Sudetendeutschen wurden daher mit moralischen Begründungen ausgetrieben, als "Kollektivschuldige" sozusagen.

Das Gelingen dieses wahrhaft selbstmörderischen Planes Dr. Benesch setzte voraus, daß die demokratische Widerstandsleistung der Sudetendeutschen gegen den Nationalsozialismus totgeschwiegen wurde. Das ist weitgehend gelungen. Sogar in Deutschland und in Österreich ist zeitweilig überraschen worden, daß 80 Prozent der Sudetendeutschen zum Zeitpunkt der Wiedererrichtung der Weimarer Demokratie noch im Lager demokratischer Parteien standen, die ihrerseits wieder bemüht waren, durch Mitarbeit in den Prager Regierungen eine echte Verständigung mit Tschechen und Slowaken auf der Basis der Gleichberechtigung zu erzielen. Kein Historiker des Zeitraums 1933 bis 1945 hat bisher die Tragik der Sudetendemokratie gewürdigt, die seit dem Machtantritt Hitlers zwischen dem tschechischen Nationalstaatsprinzip und den Verheißungen des Nationalsozialismus eingeklemmt war. Aber die Wahrheit über die Hauptursachen des Unterganges der Freiheit in Böhmen bricht sich allmählich Bahn.

Heute ist offenbar, daß die demokratischen Traditionen der Sudetendeutschen einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau der Demokratie in Westdeutschland geleistet haben. In den süddeutschen Ländern, wo die Masse der vertriebenen Sudetendeutschen lebt, ist nicht nur der Neo-Faschismus einflußlos geblieben, sondern auch die Deutsche Partei des Herrn Dr. Seebahn, der nach 1949 seine sudetendeutsche Herkunft wieder betonte. Extremisten, wie jener in Württemberg gewählte Pfarrer Ott, haben ausgespielt und der vielzitierte Bonner "Sudetennazi" Dr. Richter hat sich als der Sachse Bösel entpuppt. Die Wahlergebnisse des 6. September stellten vollends unter Beweis, daß etwa drei Viertel der Sudetendeutschen im Lager der großen demokratischen Parteien Westdeutschlands stehen und der Rost im RHE.

#### Bewährte Kraft demokratischer Tradition

Inzwischen hat sich auch die Kraft alter demokratischer und sozialistischer Traditionen bei wichtigen Entscheidungen über die Organisationsform der sudetendeutschen Volksgruppe bewährt. Die aus

der heimatischen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Bauernbündlern hervorgegangene und durch gemässigte nationale Kräfte ergänzte "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" einigte sich um die Jahreswende mit der "Sudetendeutschen Landemannschaft"

die Schaffung eines gemeinsamen Hauptgremiums. Von dessen 30 Mitgliedern soll je ein Drittel von den politischen Parteien und von der Landemannschaft vorgeschlagen und ein weiteres Drittel aus dem Kreise aussenpolitischer Fachleute kooptiert werden. Gleichzeitig wird die Landemannschaft ihre Führungskörperschaften durch demokratischen Wahlscheid der Mitgliedschaft erneuern. Von dem anti-sudetendeutschen Demokratendruck der tschechoslowakischen Austreibungspropaganda ist also bemerkenswert wenig übriggeblieben. Wohl wird noch manche geistig-politische Verküpfung aus der Zeit des Volkstumskampfes überwunden werden müssen, doch man kann getrost sagen, dass die Sudetendeutschen auf guter Basis sind, sich wieder als ein Bestandteil der europäischen Demokratie zu konstituieren.

Leider ist von einer ähnlichen Entwicklung im tschechischen Lager vorläufig wenig zu berichten. Die kommunistischen Machthaber in Prag versuchen zwar neuerdings die Verantwortung für die Austreibungen auf die Beneš-Gruppe abzuwälzen und auch den im Lande verbliebenen Deutschen einige Erleichterungen zu gewähren. Der panslawistische Chauvinismus ihrer eigenen Anhänger, der nach dem 8. Mai 1945 systematisch gezüchtet wurde, steht ihnen dabei im Wege. Die Verführer der Exil-Tschechen merken noch gar nicht, dass ihnen der schwarze Peter der Austreibungsschuld zugespickt werden soll und sie sind weiter um den Nachweis bemüht, dass sie in diesem entscheidenden Punkt unheimlich auf dem Boden des Zischauer Programms stehen, das den Sudetendeutschen die Heimat und den Tschechen die Freiheit gekostet hat. In letzter Zeit senden uns diese Kreise aus allen Weltgegenden wieder Pamphlete zu, welche sich krampfhaft um den Nachweis der "Alleinschuld" der Sudetendeutschen bemühen. Sie möchten den Kommunismus in Prag los werden, aber die Geschenke Stalins behalten. Am Anfang einer Erneuerung der tschechischen Demokratie und der Wiedergeburt einer freien tschechischen Arbeiterbewegung müsste aber eine kritische Auseinandersetzung mit der Austreibungspolitik der Beneš und Gottwald sein. Die daran festhalten wollen, stemmen sich gegen eine friedlich Neuordnung Europas. Sie verlängern die Unrechtsschuld des tschechischen Volkes. Sie verläugern sich an den Interessen der Weltdemokratie.

Verantwortlich: Peter Ruman